

# Sächsische Vollzeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden - Altstadt 16, Goldschmiedestraße 46  
Telefon 92722 / Postfachkonto Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Druck und Verlag:  
Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H.  
Dresden - Altstadt 16, Postfachkonto 46

## Von der deutschen Zwietsucht

Von Universitätsprofessor Dr. Friedrich Dessoer.

Jeder von uns hat von Tag zu Tag wie aus grauen Wolken steigend, ein stärkeres Ahnen: Es wird etwas geschehen und indem er das fühlte, ergreift den ersten Mann Sorge, andere leichtere Naturen fast Hoffnung — sie glauben: Wenderung sei besser. Der Beginn dieses Geschehens ist morgen vielleicht, vielleicht übermorgen. Wird es in verfassungsmäßigen Formen zum Ausdruck der Spannungen kommen, werden diese Spannungen die Formen zerschlagen, so daß es Splitter und Trümmer gibt? Werden, wie oft in Deutschlands Geschichte, Deutsche gegen Deutsche mit den Waffen des Todes kämpfen, wird Blut der Felder fließen, doch deshalb, weil die Deutschen sich über die Art nicht verständigen können, weil sie friedlich zusammen leben können? Denn glückliche Deutsche wollen sie ja alle sein. Keiner behauptet, daß er des Volkes Unglück wolle, jeder will, daß man den Worten glauben, des Volkes Glauben. Und im allgemeinen darf man dies auch glauben.

Jeder aber meint es auf andere Weise. Und weil jeder meint, nur die eigene Richtung, der eigene Weg, sei gut und alle anderen verfehlt, so kämpft er mit dem anderen und hatet — bis zum äußersten, bis zum drohenden Bürgerkrieg. Der aber ist das Gegenteil von der Rechtschafftheit die man erstrebt. Und so das Gute suchend, aber mit falschen Mitteln sind die Deutschen ihres eigenen Glücks sichere Schmiebe — jetzt wie so oft in ihrer traurigen Geschichte.

So latein wir Deutsche Jahrhunderte lang als die französischen Könige auf den Thronen saßen, lauernd und wägend, wie sie aus dem Haber Nutzen zögen; so latein durch ein Jahrtausend die deutschen Fürsten und Fürstlichen Stämme gegeneinander; so ging es weiter in den Zeiten Napoleons, der, als Gefangener auf St. Helena über Deutschland ein höhnisches Wort hinterließ.

Andere Völker haben das nicht getan. Wenn auch sie haben ihre Meinungsstreite, Klassenkämpfe. Pestilenz sogar. Ostwärts harte ich Franzosen des Nordens und Südens über das schlimmste Paris, das Unheil, zentrale Verwaltung, die herrschaftliche Anmaßung und Bürokratie sich beklagen — wie bei uns diese Stimmen mit mehr oder weniger Recht über Berlin. Aber das wissen die Franzosen alle. Es ist eine Frage zweiten Ranges, dieses Schicksal der Zentralisierung; aufgewogen wird es vielmals durch den Vorteil der weltweiten Kraft, welche die Zentrale besitzt. Und in Zeiten der Not — gar wenn fremde Völker das Vaterland bedrücken, schweigt man von diesen Dingen.

In England ist der soziale Abstand der Klassen vielfach größer als hier. Heftig bis zum äußersten sind die Kämpfe zwischen den Arbeitern und den bestehenden Volksschichten. Aber die Einheit, Größe und Geschlossenheit des Vaterlandes — des riesigen Weltreiches — das ist selbstverständlich, steht weit über alles hinaus; und zuerst sieht jeder im andern doch den Landmann — weit voraus und dann erst den Mann aus der anderen Klasse. In Zeiten der Not des Vaterlandes aber schweigt der Hader. Die Stärke aller dieser Völker liegt darin, daß sich die Menschen um ihre Staaten scharen in allen ersten Fragen.

Was soll gar über die Miesentreppe an Land und Menschen, das stärkste Reich der Erde, die Vereinigten Staaten gesagt werden? Sie sind aus allen Völkern der Erde zusammen geschlossen, sie sind nicht wie wir durch jahrtausendlange Geschichte verbunden, sie sind viel verschiedener als wir, sie haben ihre auseinandergehenden Meinungen und Interessen, sie kämpfen diese Dinge aus — aber sie denken nicht daran, auf diesen Fragen zweiten Ranges heraus das Vaterland anzuzetteln, indem sie, aus welchem Anlaß immer, die Verfassung verleben oder gar sich gegen einander bewässern.

Wie aber tun das? Gemäß sind Meinungsverschiedenheiten da; gewiß gibt es Fehler, Sünden, Verlässe auf allen Seiten. Aber gibt der Fehler irgend einer auch regierenden Stelle das Recht, das letzte Gut, des Vaterlandes Einheit auf Spiel zu setzen, aus dem Befehl heraus zu treten und die Waffen aufzukleben, weil andere anderer Meinung sind, weil andere geizt, sich einer Ansicht nicht unterwerfen wollen?

Wie tun es, während der Fremde im Land steht, während Empörer deutsches Land lodern wollen. Wir tun es, während wir alle unfähig leiden und im Leid zusammen stehen müssen, das Trennende aber vergessen sollten. Wir tun es und wollen den selbst das Fortschrittswerk, das Feinde kaum bezwungen hätten gegen uns.

Dah auf lange Sicht hinaus ein Gewoßtat, woher sie auch komme, zum Guten führe, wer von denen, die sie unternehmen, kann das wissen. Daß sie uns sicher zu nächst ins tiefe Elend bringt — das ist für alle offenbar. Einer ist, der sich freut. Der gewaltige harte Staatsmann, der Frankreichs Steuer in Händen hält. Ob er in diesen Tagen an eine Aufzeichnung denkt, die ein anderer Völker Deutschlands machte, als er einjam seinem Tode entgegen wartete.

Napoleon I. war dieser Völker. Er aber schrieb in den Tagen seiner Verbannung auf St. Helena über uns in seinen Lebenserinnerungen:

„Gegen Deutschland habe ich vor allem den Blick gewendet. Zwietsucht brauchte ich nicht zu stiften unter ihnen, denn die Einsicht war aus ihrer Mitte längst gewichen. Nur meine Reue brauchte ich zu stellen, und sie liefen und wie schweues Bild selbst hinein.“

Intereinander haben sie sich erwürgt und glaubten, damit endlich ihre Pflicht zu tun.

Rechtschaffen ist kein Volk gewesen und trüchter kein anderes auf Erden. Keine Rüge ist so groß eronnen worden, der sie nicht in unbegreiflicher Albernheit glauben beigewessen hätten.

Die tödliche Mißgunst, womit sie sich untereinander angefeindet, haben sich zu meinem Gewinn wohl geholt; immer haben sie mehr Erbitterung gegeneinander als gegen den wahren Feind gezeigt.“

Wäge tief in jedes Deutschen Menschenseele dieses Wort. Einmal muß ja jeder Deutsche, der jetzt mit Gewalt nicht — sei es was — auch immer — dem Landmann

## Deutsch-amerikanischer Austauschplan

Amerikanischer Weizen für Deutsches Kali — Ein Zweckverband zwischen dem Reich und den besetzten Gebieten — Das Zugeständnis einer erweiterten Selbstverwaltung

### Besprechungen mit dem Präsidenten des amerikanischen Landwirtebundes

Berlin, 17. November. Der Chicago Tribune wird mitgeteilt, daß Herr Stresemann gestern Herrn Gray Silver, dem Präsidenten des amerikanischen Landwirtebundes, ein Austauschabkommen in dem Sinne vorgeschlagen habe, daß Deutschland Kali gegen amerikanischen Weizen austauschen würde. Diese Anregung wurde in allen Einzelheiten dem amerikanischen Delegierten vom Finanzminister Luther und Ernährungsminister Ranly auseinandergesetzt. Die Herren erklärten, sie wünschten diese Vereinbarung zu treffen, nach der Deutschland zu den nötigen Weizenmengen kommen könnte. Beide Herren hielten einen Austausch von Kali und Futtermitteln und anderen deutschen Produkten gegen amerikanischen Weizen für geboten. Herr Ranly erklärte: Ich wende mich an die amerikanische Regierung und an das amerikanische Volk mit der Bitte, Deutschland 50 Millionen Scheffel Weizen auf der Stelle gegen langfristige Kredite zu liefern; denn das ist der einzige Weg, einer ungeheuren Hungernot in Deutschland während des Winters vorzubeugen. Ranly fügt hinzu, wir haben keine Zeit, um ein verwickeltes Austauschsystem auszuarbeiten, denn uns fehlen 2 Millionen Tonnen Weizen, und Austausch konnte uns nur ein Viertel dieser Menge zur Verfügung stellen. Es ist keine Rede davon, daß wir bar bezahlen, doch wird Deutschland diese Schuld später abzahlen können.

Die Herren Ranly und Luther werden sich heute mit Herrn Silver, dem Vertreter aus Washington, treffen und alle Einzelheiten des Austauschplanes vereinbaren. Silver erklärte den deutschen Ministern, daß er diesen Plan für sehr zweckmäßig halte, da Deutschland über große Mengen von Kali verfüge, an dem die amerikanischen Landwirte außerordentlichen Bedarf hätten, für den ein Austauschabkommen getroffen werden würde. Es bestände eine Ähnlichkeit, Amerika Kali zu billigen Preisen zu liefern. Silver sagte noch, wir sind überzeugt, daß Deutschland große Mengen an Weizen und Fett diesen Winter nottun, falls einer Hungernot vorbeugen werden soll. Eine sofortige Bewilligung langfristiger amerikanischer Regierungskredite für Deutschland scheint die einzige Lösung zu sein. Andererseits können wir verhindern, den Austauschplan aufzustellen.

London, 17. November. Die Nachrichten aus Washington, daß Amerika Deutschland mit einer Anleihe von 150 Millionen Dollar zum Ankauf von Lebensmitteln zu unterstützen beabsichtigt, hat in hiesigen finanziellen und politischen Kreisen beträchtliches Aufsehen erregt und lebhaftes Interesse hervorgerufen. Vor allen Dingen erhebt man hier die Frage, welche Sicherheiten Deutschland wohl den Vereinigten Staaten zu geben bereit und in der Lage ist. In diplomatischen Kreisen verhält man sich in dieser Angelegenheit reserviert, verfolgt aber mit großem Interesse die Entwicklung der Dinge. Inoffiziell wird bereits die Vermutung laut, daß die französische Regierung, falls diese Aktion tatsächlich verwirklicht werden könnte, gewisse Ansprüche an die deutsche Regierung in Bezug auf die Lebensmittelversorgung der besetzten Gebiete erheben würde.

### Rhein- und Ruhrfragen

Berlin, 17. November. Das Reichsministerium hat sich gestern nachmittags erneut mit den Rhein- und Ruhrfragen beschäftigt. Es soll mit den besetzten Landesstellen ein Zweckverband auf der Grundlage einer erweiterten Selbstverwaltung gebildet werden, der alle notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen treffen kann. Der 15er Ausschuss wird am Sonntag in Berlin erwartet, um mit dem Reichsminister Rühlung zu nehmen.

Karlsruhe, 17. November. Senatpräsident Dr. Müller hat sich auf Einladung des Reichsministers nach Berlin begeben, um an der am heute stattfindenden Kabinettsitzung zur Erörterung von Fragen des besetzten Gebietes, teilzunehmen.

### Was wird aus der Regierung?

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:  
Am Dienstag wird der Reichstag zu einer Sitzung zusammengetreten, die von einer entscheidenden Bedeutung sein wird. Entweder wird bis dahin eine Klärung der Regierungssituation, und zwar im Sinne einer parlamentarischen Reichsregierung erfolgt sein, oder aber in der Sitzung selber wird das Kabinett Stresemann gestürzt. Der Kampf gegen Stresemann als Führer der Regierung hat sich in den letzten Tagen nicht etwa abgeschwächt, sondern noch erheblich verschärft. Es ist nicht daran zu denken, daß die Demokraten ihren Beschluß, an einer Regierung sich zu beteiligen, welcher die Deutschnationalen offiziell angehören, rückgängig machen. Aber auch beim Zentrum besteht gegen eine solche offizielle Beteiligung der Deutschnationalen starkes Bedenken. Die Dinge können nur noch dadurch gemindert werden, daß ein konzentriertes Kabinett, bestehend aus bürgerlichen Persönlichkeiten, möglichst nicht politisch gebunden, geschaffen wird, daß bei der gegenwärtigen Lage des Reiches weniger den politischen als

vornehmlich den wirtschaftlichen Fragen seine Aufmerksamkeit zuwenden hätte. Dieser Plan wird auf ein sogenanntes Direktorium hinauskommen, wird insbesondere von bestimmten Kreisen der Wirtschaft vertreten, die des weitesten der Auffassung sind, daß nach Erledigung der brennenden wirtschaftlichen Dinge durch ein solches Reichsdirektorium die Bahn wieder frei für ein parlamentarisches Kabinett wäre. Jedenfalls ist nicht anzunehmen, daß der Reichspräsident erneut die Ernennung zur Auflösung des Reichstages geben wird. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß ein solches oben beschriebenes Direktorium von dem General Erbst präsiert würde, dessen Aufgabe es in erster Linie sei, für die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung zu sorgen, und damit die Durchführung der notwendigen Wirtschaftsmassnahmen zu sichern. Naturngemäß geht die Tendenz im Reichstag dahin, die Dinge nur auf legalen, also parlamentarischen Wege zu besorgen, wennleich gar kein Zweifel darüber sein kann, daß dieses Direktorium auch mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet wäre, so daß in der Tat der Reichstag für eine Zeitlang ausschließt. So aber stehen die Dinge nicht, daß der Reichstag durch solche Massnahmen sich von der ihm allein obliegenden Verantwortung entlasten ließe.

Die Fortsetzung der Zahlungen für die besetzten Gebiete ist entgegen den ursprünglichen Absichten nun doch von der Reichsregierung beschlossen worden. Es werden, wie bereits berichtet, 100 Millionen Rentenmark für die Zahlungen für die Erwerbslosenfürsorge und für die aus der Situation sich ergebenden Schäden, vor allem die Quarantänen, noch weiterhin zur Verfügung gestellt. Damit ist der gefährlichen Lohn der „Verdammung“ fürs erste pariert. Der Beschluß ist notwendig geworden, wenn nicht anders der erneut geschäftigten Verhandlungen zwischen der Industrie und den französischen Vertretern ein vollständiges Chaos in den besetzten Gebieten hätte hervorzurufen werden sollen. Dazu kam, daß von der Gegenseite unerhöhte Forderungen, so auf 60 Prozent der Arbeitslosigkeit, auf einen dauernden Anteil an der Kohlenförderung in Höhe von 40 Prozent und dergleichen gestellt worden waren. Die Schwierigkeiten sind mit dem Beschluß der Reichsregierung noch bei weitem nicht beseitigt, denn da der Rentenmark zur Verfügung gestellt werden kann, und Zahlungen in Papiermark nicht mehr erfolgen können, wenn nicht diese Rentenmark von vornherein zerfallen werden soll, ist nicht abzusehen, ob die Hilfe der Reichsregierung für die besetzten Gebiete praktisch werden kann.

### Platige Zusammenstöße mit Erwerbslosen

Eisen, 17. November. In der Stadt kam es gestern zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Erwerbslosen. Schon im Laufe des Vormittags fanden Märsche statt. Es wurde der Versuch gemacht, die Demonstrationen durch den Anmarsch von Soldaten zu verhindern. Als die Polizei mit Handgranaten beschnitten wurden, gab es Feuer. Es wurden 2 Zivilisten getötet und 24 verwundet. Da ein Sturm auf den Rathhausplatz war, horderten die Franzosen eine Kompanie französische Soldaten zur Verstärkung der deutschen Polizei. Französische Panzerautos durchfuhren die Stadt. In der Pflanzstraße hatten die Erwerbslosen Kränze angehängt und Parolen geschrien. Es handelte sich inhaltlich um ähnliche Schemata, die in ähnlichen Fällen die Auslösung der Erwerbslosenunterstützung verhindern. Gleichzeitig macht sich auch wieder eine verächtliche Anhaltungsangst der Kommunisten bemerkbar. Weiter hat man den Eindruck, daß die Erwerbslosen versuchen, die Arbeitslosen für ihre Zwecke auszunutzen.

Sachsen, 17. November. Auch hier sind große Unruhen vorgekommen worden. Vor allem wurden Futtermittel und Lebensmitteltransporte in den Außenbezirken angehalten und ausgeraubt. Gestern vormittags wurde an einzelnen Stellen auch der Versuch gemacht, in Privathäuser einzudringen. Abends fand im südlichen Stadtteil aus Fackeln, Räuten und Möbelen Parzelladen errichtet worden. Da Anstaltsleiter gerufen worden waren, offenbar in der Absicht, sie am Abend beim Anrücken der Polizei in Brand zu stecken, wurde die Feuerwehr alarmiert, die die Parzelladen besetzte. Am Laufe der Nacht wurde das Polizeikommando in der Köhlerstraße zurückgezogen, weil man einen Angriff bewaffneter Menschen befürchtete und unndiges Materialvermögen vermeiden wollte. Der Stand der Polizei ist am Abend besonders schwer, da die Aufrechterhaltung der Ruhe in den besetzten Straßen auszuüben, um in der Dunkelheit die anrückende Polizei besser angreifen zu können.

### Eine amtliche enalische Erklärung

London, 17. November. Amtlich wird erklärt: Die Vorkonferenz tritt heute in Paris zu einer neuen Sitzung zusammen und die Diskussion über die Rückkehr der deutschen Kronprinzen und über die Weigerung Deutschlands, die Sicherheit der internationalen Militärkontrollkommissionen während ihrer Inspektionsarbeit zu gewährleisten, wieder aufzunehmen. Seit dem Beginn der Ruhrbesetzung durch Frankreich und Belgien sind die Arbeiten der Kommission, so

wieder die Hand reichen. Könnte das nicht gleich geschehen? Sind unsere inneren Kämpfe wirklich so groß, wenn sie gemessen werden an dem, was uns von außen, von den fremden Herren geschieht, daß wir das Vaterland in Stücke schlagen, die Verfassung zerbrechen und uns vollends ins Elend stoßen müssen? Nein — wenn die Vernünftigen unter uns sich zusammenscharen, um Ordnung, Staat, Republik, Gesetz kämpfen, ihren Streit, — der immer sein wird — ansehen als das, was er ist — a weiten Ranges gegenüber der Not des Landes,

wenn sie dem Staate dadurch ihre Kraft leihen, — dann ist noch nicht alle Hoffnung verloren.

Darum, Väter, schart euch um euren Staat, um eure Republik. Die Auslandsdeutschen schauen verquält von Sorgen auf das Nieberkauen unseres Volkes und fragen: Werbet ihr euch wirklich wieder zerfleischen?

Indem ihr die Republik verteidigt, indem ihr die deutschen Väter für sie gewinnt, mit ihr veröhnt — rettet ihr die Zukunft!